

Alternative Einheitsfeier
Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.

7. Oktober 2022



**Arbeit, Brot und
Völkerfrieden,
das ist unsere Welt!**

Herausgegeben vom OKV e.V., Oktober 2022

Dr. Matthias Werner,
Vorwort



Dr. Matthias Werner

Präsident der OKV e.V., Dr. ök., Dozent,

7. Oktober 2022 Eröffnungsrede

Verehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen

im Auftrag des Präsidiums des Kuratoriums ostdeutscher Verbände heiße ich Euch zu unserer traditionellen Protestveranstaltung, aus Anlass des Anschlusses der DDR an die imperialistische BRD, willkommen.

Wir haben unsere diesjährige Protestveranstaltung zum wiederholten Mal dem Thema Frieden und soziale Gerechtigkeit gewidmet. Die Ergebnisse der Politik seit der Bundestagswahl vom 26. September 2021 sind ein Resultat der politischen Rechtsverschiebung und einer schon schizophrenen Russophobie zum Schaden des deutschen Volkes in der BRD. Sie bestätigen die Richtigkeit unserer Themenwahl.

Die Veranstaltung steht deshalb unter dem Motto:

„Arbeit, Brot und Völkerfrieden – das ist unsere Welt“

Ja, das ist die Welt des Sozialismus, und es bleibt dabei, das OKV steht für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Dieses Festhalten an diesen Begriffen ist begründet aus unseren Erfahrungen in der sozialistischen DDR. Wir sind der Überzeugung, die Lösung der Probleme der gegenwärtigen Welt, einbegriffen der Krieg in der Ukraine, liegt in der Beseitigung der Ursachen von Krieg und sozialer Ungerechtigkeit in der Welt durch die Ablösung des Kapitalismus, durch eine neue eine sozialistische Gesellschaft. Ausführlicher wird auf diese Fragen in den folgenden Redebeiträgen eingegangen.

Mit dem Zurückfallen der ehemals sozialistischen Länder in den Machtbereich des Imperialismus sind die sozialen Probleme und die Gefahren für den Frieden wie zu Zeiten vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg wieder zu einer Bedrohung für das Leben in Europa, ja der ganzen Welt, geworden.

Der Krieg in der Ukraine begann für die meisten Politiker der „westlichen Wertegemeinschaft“ am 24. Februar 2022. Mit dieser Sichtweise kann und soll nach den Willen der USA kein Weg zum Frieden gefunden werden. Russland soll mit den Worten der deutschen Außenministerin „ruiniert“ werden und die USA will bis zum letzten Ukrainer kämpfen. Diese Entwicklung wurde langfristig, systematisch und aktiv von außen geplant und gelenkt.

In einem Strategiepapier des Pentagon stand bereits 1992 kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion: **„Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-)Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhüten, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder sonst wo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt, wie früher die Sowjetunion. ... Wir müssen versuchen zu verhüten, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Solche Regionen sind Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien.“**

Damit keine Irrtümer aufkommen, Russland in Europa und China in Asien werden durch die kriegslüsterne Meute der imperialistischen Hauptkräfte der USA und ihrer Vasallen in der NATO zum Hauptfeind stilisiert.

Die gesamte Tätigkeit der USA in der Region, und gegenüber Russland, Belorussland, Kasachstan war von Handlungen zur Verwirklichung dieser Pläne bestimmt. Die USA und die EU-Mächte betrieben eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine, förderten die faschistischen Bandera-Gruppen und betrieben die Politik der Osterweiterung der NATO. Es wurde in aller Öffentlichkeit ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland durch intensive Aufrüstung der Ukraine vorbereitet. Es wurde schließlich ein Kulminationspunkt erreicht, an dem die Existenz Russlands in aktueller Gestalt akut gefährdet ist.

Um seine Existenz zu sichern, war Russland gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die nicht nur den Bestand des Landes, sondern auch sein friedliches Zusammenleben mit den Völkern der Region und in ganz Europa sichern sollen.

Uns erfüllt mit Abscheu, dass unter der Regierung Rot- Grün-Gelb der BRD Hetze gegen Russland und aktive Kriegsvorbereitung an dessen Grenzen wieder zum politischen Alltag geworden sind. Dem stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen.

In einer Welt ohne Mangel an Atomwaffen sollte das höchst alarmierend sein. Aber die Masse der Bevölkerung in NATO-Europa scheint vollkommen arglos und scheint den scheinheiligen Phrasen ihres politischen Führungspersonals von Frieden und Sicherheit durch immer mehr Waffen zu vertrauen. Dabei würde gerade Europa zweifellos zum Hauptkriegsschauplatz einer von den USA provozierten, bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland werden. Vor unser aller Augen werden Waffen und Soldaten an den Grenzen Russlands in Stellung gebracht. Und von unbelehrbaren deutschen Politikern initiiert, nehmen an diesen Provokationen auch deutsche Soldaten teil.

Wir fordern die Beendigung der völlig verfehlten Sanktionspolitik gegen Russland, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wie es die Verfassung von den verantwortlichen Politikern fordert.

Schluss mit Waffenexporten und die Rückkehr zu einer aktiven Friedenspolitik.

Uns erfüllt mit Sorge und tiefer Anteilnahme das tausendfache Leid der Menschen in der Ukraine und in Russland. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges für eine neutrale und friedliche Ukraine.

Uns ist bewusst: Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Deshalb kann es dauerhaften Frieden nur geben, wenn die Herrschaft des Kapitals überwunden wird. **Dafür treten wir ein!**

Deshalb lasst uns das 1000mal Gesagte wiederholen:
Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Kämpfen wir gemeinsam für eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Erneuern wir unseren Schwur, nicht eher zu ruhen, bis die imperialistischen Kriegstreiber von den Völkern der Welt entmachtet sind.



Willenserklärung
der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von
Verbänden e.V.
vom 7. Oktober 2022

Wir, die Teilnehmer dieser Protestveranstaltung aus Anlass des Anschluss der sozialistischen DDR an die imperialistische BRD vor mehr als 30 Jahren, haben uns versammelt, um unser Engagement für Menschenrechte, Antifaschismus und Solidarität zu dokumentieren und gegen die menschenfeindliche Politik der gegenwärtigen Bundesregierung zu protestieren.

Die Politik des Sozialabbaues, der Verteilung des Reichtums für die oberen Schichten, die weltweite Beteiligung an Kriegen und die Faschisierung der Gesellschaft setzt sich verstärkt seit der Liquidierung der DDR fort. Für die große Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere große Teile der ostdeutschen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren keine Verbesserungen ihrer Lebenslage ergeben. Löhne und Renten im Osten hinken weiter hinter dem Westniveau her. Die Anzahl der Arbeitslosen und der „Bürgergeld Empfänger“ ist ständig gestiegen. In einem der reichsten Länder der Welt wird einer steigenden Anzahl von Menschen nur durch Almosen ein Leben am Existenzminimum gewährt.

Seit 1990 bewegen sich die Truppen der NATO-Staaten unter Führung der USA kontinuierlich auf die Grenzen Russlands zu. Mit Provokationen und groß angelegten Militärmanövern (Defender20) wird das friedliche Zusammenleben der Völker aufs höchste gefährdet. Seit den von den USA finanzierten Putsch in der Ukraine führen die nationalistischen Kräfte der Ukraine seit 2014 einen Krieg im Donbass gegen das eigene Volk. Alle Initiativen Russland und der Friedenskräfte in der Welt zur Herstellung der gleichen Sicherheit für alle wurden sabotiert. Es wurde in aller Öffentlichkeit ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland durch intensive Aufrüstung der Ukraine vorbereitet. Um seine Existenz zu sichern, war Russland gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die nicht nur den Bestand des Landes, sondern auch sein friedliches Zusammenleben mit den Völkern der Region und in ganz Europa sichern sollen.

Wir fordern die Beendigung aller Kriegseinsätze und Waffenexporte und die Rückkehr zu einer aktiven Friedenspolitik. Uns erfüllt mit Sorge und tiefer Anteilnahme das Tausendfache Leid der Menschen in der Ukraine und in Russland.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges für eine neutrale und friedliche Ukraine.

Die Nato-Staaten und insbesondere die BRD nehmen die selbst provozierten Geschehnisse zwischen Russland und der Ukraine zum Anlass ein Hochrüstungsprogramm ungeahnten Ausmaßes auf der Grundlage eines radikalen Sozialabbaus in Gang zu setzen. Mit widersinnigen Sanktionen wird die eigene Wirtschaft, die Lebensgrundlage für jedes Volk, bewusst zerstört.

Wir fordern Schluss mit den uns selbstzerstörenden Sanktionen gegen Russland.

Wir stellen fest, dass die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift.

Wir fordern die Regierung auf, den Sozialabbau zu stoppen und ihre Politik auf die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern zu richten. **Insbesondere fordern wir** die sofortige Angleichung des Lohn- und Rentenniveaus in Ost an West.

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass neonazistische Umtriebe nicht nur zunehmen, sondern durch die Staatsmacht toleriert werden. Verbrechen der Neofaschisten werden durch die Staatsorgane vertuscht, Untersuchungsausschüsse beschäftigen sich mit sich selbst, die Justiz ist auf dem rechten Auge blind.

Wir fordern, konsequente Maßnahmen der Regierung gegen jede Erscheinung des Rassismus, der Völkerhetze und des Neofaschismus.

Wir fordern Frieden mit Russland und China und allen anderen Völkern!

Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert die nationale und internationale Einheit aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte. **Wir setzen uns für Bündnisse aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland ein und unterstützen aktiv gemeinsame Aktionen gegen Sozial- und Demokratieabbau.**